

01  
17

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Januar  
2017

## EDITORIAL



von Sarah Buddeberg

## Das Jahr des Affen

Glaubt man dem chinesischen Horoskop, dann hat das Jahr 2016 ganz nach seiner Bestimmung gehandelt. Denn im Jahr des Affen, so steht es geschrieben, ist alles immer etwas impulsiver und hektischer. Alles scheint im Zeitraffer zu passieren: Köln, Brexit, Donald Trump, Bombenanschläge in Dresden, Landtagswahlen unter AfD-Jubel. Und kurz vor Schluss, am 19. Dezember, macht uns die schiere Wucht der Gewalt, mit der ein Dutzend Menschen in Berlin aus dem Leben gerissen werden, sprachlos. Ein schwieriges Jahr, wie es nun oft zu lesen steht. Ein Schicksalsjahr.

Doch gibt es keine höhere Macht, die festlegt, ob ein Jahr nun gut oder schlecht wird. Nein, es sind allein wir Menschen, die den Verlauf der Ereignisse beeinflussen. Wir entscheiden, ob ein Jahr ein Affe oder etwa ein Hahn wird.

Mit diesem Blickwinkel sieht das Jahr 2016 denn auch schon ganz anders aus: Es war das Jahr, in dem Tausende Polinnen gegen die Beschneidung ihrer Rechte auf die Straße gegangen sind – mit Erfolg! 2016 wählten die Berlinerinnen und Berliner übrigens auch eine rot-rot-grüne Landesregierung. Und es war das Jahr, in dem Hunderttausende Menschen in europäischen Städten gezeigt haben, was sie von unfairen Handelsabkommen halten. Der Protest gegen TTIP und CETA gipfelte darin, dass die belgische Region Wallonien unter ihrem sozialistischen Premier Paul Magnette den Vertragsabschluss mit Kanada fast zum Platzen gebracht hätte.

Das sind die Wegpunkte des Jahres 2016, die wir uns als Linke merken sollten. Das Jahr des Affen, es hat uns vor allem gezeigt, wofür und wogegen wir kämpfen müssen. Statt über jedes politische Stöckchen zu springen, sollten wir 2017 mehr denn je zusammenstehen und uns auf das konzentrieren, was wir besonders gut können: Soziale und gerechte Politik für alle machen.

# Ein besseres 2017

von Jens Matthis

Es gehört zu den althergebrachten Traditionen, zum Jahreswechsel einen Rückblick auf das alte Jahr zu werfen und einen Ausblick auf das neue zu geben. Betrachtet man das politische Jahr, überwiegen die kritischen Rückblicke bei weitem, ganz egal ob man auf die Europäische Union, auf die Vereinigten Staaten, auf Russland oder auf die arabische Welt schaut. Und nur selten sind sie mit optimistischen Ausblicken verbunden. Man ist geneigt, die Stimmung auf das fatalistische Bonmot zu bringen: 2016 war ein mittleres Jahr. Schlechter als das vorhergehende, aber besser als das folgende.

Der Platz reicht hier nicht, um über den Brexit, die Trump-Wahl in den USA, das Versagen der EU bei der Flüchtlingshilfe, über furchtbare Terroranschläge und den Krieg in Syrien auch nur annähernd das Notwendige zu sagen.

Deshalb richte ich meinen Blick auf ein ganz kleines Ereignis ganz in der Nähe von Dresden, welches, obwohl es unmittelbar weder etwas mit Flüchtlingen, noch mit rechten Ausschreitungen zu tun hatte, Sachen überregionale Aufmerksamkeit brachte. In Pirna wurde 2016 ein neues Finanzamt eröffnet. Nichts Besonderes eigentlich, mal abgesehen davon, das sich sicher die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen freuten. Berühmt wurde es nur dadurch, dass es sich an der Clara-Zetkin-Straße befindet.

Letzteres stieß dem sächsischen Finanzminister sauer auf. Prof. Unland fühlt sich nicht nur für den milliarden-schweren sächsischen Staatshaushalt verantwortlich, sondern auch für die Erinnerungskultur in der sächsischen Provinz. Da der Name Clara Zetkins „nicht zum Steuern zahlen motiviere“ verlangte er die Umbenennung der Straße. Dies sei ihm schon bei der Grundsteinlegung zugesagt worden.

Clara Zetkin und das Geld, diese beiden Dinge waren bei mir bisher höchstens über den „feministischen“ 10-DDR-Mark-Schein miteinander verbunden, der auf der Rückseite eine junge Ingenieurin in der Schaltwarte eines Kraftwerkes und auf der Vorderseite das Porträt der kommunistischen Frauenrechtlerin zeigte. Plötzlich sollte Clara sogar Einfluss auf das sächsische Steueraufkommen haben?



Foto: Saigoneer

Es kann viel passieren ... heißt es zum Jahr des Affen nach chinesischem Lunisolarkalender. Es war zudem das Jahr des Feuer-Affen.

Bei den Pirnaerinnen und Pirnaern stieß Unland damit jedenfalls auf Unverständnis und auch der Pirnaer Stadtrat war nach heftigen Diskussionen uneinsichtig und beließ es bei Clara-Zetkin-Straße.

Dresdner Jusos konterten mit dem Vorschlag, die rot-grün-rote Stadtratsmehrheit in der Landeshauptstadt möge im Falle einer Umbenennung im Gegenzug den Dresdner Carolaplatz, an dem sich das Sächsische Finanzministerium befindet, in Clara-Zetkin-Platz umbenennen. Ein entsprechendes Straßenschild hatten sie schon mal vorbereitet. Ob auch die Mutterpartei der jungen Leute soviel politische Chuzpe und Zivilcourage besessen hätte, den Vorschlag umzusetzen, kann dahingestellt bleiben. Auf die Probe gestellt wurde es nicht, da in Pirna auch der zweite Versuch des Finanzministers, dem winzigen Vorplatz des Finanzamtes einen eigenen, unpolitischen Namen zu geben, wiederum am Pirnaer Stadtrat scheiterte.

Das Ganze spricht Bände, welche Amtsanmaßung unter „sächsischen Verhältnissen“ möglich ist. Das eigentliche Erschreckende an dem Vorgang ist aber, wie viel stockreaktionärer Kleingeist sich an verantwortlicher Stelle in der sächsischen CDU-Regierungsmannschaft findet. Wie kann man ausgerechnet im Deutsch-

land des Jahres 2016 auf die Idee kommen, den Namen einer prominenten Antifaschistin aus dem öffentlichen Bewusstsein tilgen zu wollen?

Wann immer im Zusammenhang mit der beängstigenden gesellschaftlichen Entwicklung von den Rechtspopulisten bei AfD und PEGIDA die Rede ist, darf von dem zwar weniger populistischen, aber nicht weniger rechten, nicht weniger gefährlichen Ungeist in den Zentren der Macht nicht geschwiegen werden. Der Vorgang zeigt allerdings auch, dass man der Rechtsentwicklung nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern dass es möglich ist, Widerstand zu leisten, sowohl symbolisch, wie die Dresdner Jusos, als auch ganz „realpolitisch“, wie der Pirnaer Stadtrat.

Und das möge uns Mut machen, wenn wir im neuen Jahr mit erschreckenden Wahlergebnissen, schlimmen Tabubrüchen in der politischen Kultur und weiteren politischen Verwerfungen konfrontiert werden.

Es spricht wenig dafür, dass es politisch EIN GUTES JAHR 2017 WIRD. Um so mehr spricht dafür, dass wir versuchen sollten, EIN BESSERES JAHR 2017 daraus zu MACHEN. Dafür wünsche ich uns allen Kraft, Gesundheit und viel Glück!

# Die Tragik einer Debatte

Gastbeitrag von Raul Zelik über das Ob und Wie einer Regierungsbeteiligung der LINKEN auf Bundesebene und den Streit der innerparteilichen Strömungen.



Foto: Bhar / pixelio.de

Selten war die Gemengelage so unübersichtlich. In der LINKEN verbünden sich Kommunist/innen, die sich in der Flüchtlingssolidarität den A... aufreißen, zur Verhinderung einer Regierungsbeteiligung ausgerechnet mit dem FDS\* und küren Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch zu Spitzenkandidat/innen. Umgekehrt werben Bewegungslinke aus dem Institut Solidarische Moderne (ISM) für einen rot-rot-grünen Aufbruch und argumentieren dabei ganz ähnlich wie der rechte Flügel der LINKEN: R2G als Hoffnungsträger.

Meiner Ansicht nach verbindet beide Haltungen etwas miteinander: Man hofft, politische Prozesse durch das Propagieren von etwas Falschem abkürzen zu können. Bei den einen ist das die Hoffnung, eine polarisierende Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht könnte die diffuse Unzufriedenheit in der Gesellschaft mobilisieren und damit eine Perspektive jenseits von Mitte-Links-Verwaltungen eröffnen. Die anderen hingegen wollen ein ziemlich ödes Parteienbündnis als Vehikel für einen gesellschaftlichen Politisierungsprozess nutzen.

Meiner Ansicht nach ist beides gleichermaßen falsch. Was den Linkspopulismus angeht, liegt das Problem auf der Hand: Die rhetorischen Angebote an reaktionären Ressentiments und falschen Überzeugungen – von „Obergrenze“ und „Gastrecht“ bis hin zu „die Zinsen sind zu niedrig“ – mögen ein paar Wählerprozent mobilisieren, aber sorgen ansonsten zur weiteren Ausbreitung eben dieser Ressentiments

und falschen Überzeugungen. Die Herausforderung für Linke besteht zwar durchaus darin, am „Alltagsverstand“ anzuknüpfen – aber eben, um den reaktionären Anteilen darin zu widersprechen. Das ist der Unterschied zwischen einer populären Politik im Sinne Gramscis und dem zur Sprachoperation reduzierten Populismus à la Laclau.

## Gesellschaftliche Hegemonie erreichen

Mein Einwand gegen das Projekt des ISM\*\* ist ähnlich: Auch hier hofft man, falsche Überzeugungen für etwas Richtiges mobilisieren zu können. Sprich: Man will die vielfach widerlegte Illusion, Emanzipation könnte parlamentarisch gewählt werden, für eine Politisierung der Gesellschaft nutzbar machen. Aber wäre es nicht richtiger, dieser Illusion erst einmal kollektiv entgegen zu treten? Soll heißen: Linke müssen die neoliberale Wende der europäischen Sozialdemokratien erst einmal überzeugend benennen und erklären:

1) Die Mitte-Links-Regierungen der letzten 30 Jahre haben den Neoliberalismus nicht gebremst, sondern zementiert.

2) Die Erzählung der bürgerlichen Gesellschaft, wonach die Wahl von Politiker/innen und Parteien über die Ausgestaltung der Gesellschaft entscheidet, ist also offenkundig falsch.

3) Wahr ist, dass es das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und der sozialen Organisation von Vielen bzw. zwischen unterschiedlichen Interessengruppen

und ihren Diskursen ist, das über die gesellschaftliche Entwicklung entscheidet.

4) Deshalb geht es immer um Hegemonie und nicht um Regierungsmehrheiten.

Das ISM kennt diesen Einwand natürlich und argumentiert, dass eine produktive Dynamik zwischen Regierungspolitik und sozialen Kämpfen vorstellbar sei. Ja, aber wo genau stimmt das? In Europa gibt es wenig Belege dafür – selbst die von uns zunächst gefeierte Syriza-Regierung hat die Kräfteverhältnisse in ihrem Land eher verschlechtert, weil sie als Puffer zwischen Troika und sozialem Widerstand fungiert. Das einzige Beispiel, das im größeren Stil auf eine produktive Dynamik zwischen Regierung und Volksmacht (die in Lateinamerika im Übrigen seit den 1970er Jahren plural und different und eben nicht als homogenes „Volk“ gedacht wird) verwiesen hat, war der Chavismus in Venezuela. Doch auch hier waren es nicht die Wahlen, die den Politikwechsel möglich machten. Entscheidend war der politische Bruch davor, nämlich der Volksaufstand von 1989 und das darauf folgende Jahrzehnt der Unregierbarkeit. Dasselbe gilt auch für Bolivien, Argentinien und Ecuador: Erst der soziale Aufstand und die Aufkündigung des Status Quo (plus der Anstieg der Rohstoffpreise) eröffneten Reformspielräume.

## Faktische Mächte wirken weiter

Das lässt sich auf kleinerer Ebene auch für die linksregierten Städte im spanischen Staat konstatieren. Die Protestwelle des 15M war mächtig genug, um radikale Linke in Ämter zu tragen, aber die Kraft ist nicht groß genug, um strukturelle Veränderungen zu erzwingen. Über symbolische Maßnahmen kommen die Stadtregierungen in Barcelona und Madrid bislang kaum hinaus. Woran das liegt? Selbstverständlich an den Kräfteverhältnissen. Die faktischen Mächte (Tourismusindustrie,

Immobilien- und Finanzkapital, Medien, Verwaltungsapparate etc.) wirken auch unter der Ex-Hausbesetzerin Ada Colau. Gleichzeitig aber kann eine institutionell gebundene Linke soziale Konflikte kaum noch vorantreiben, sondern ist gezwungen „zu vermitteln“, sprich Widerstand zu demobilisieren.

Selbstverständlich ist hier kein Naturgesetz am Werk. In den kleineren linksregierten Gemeinden der Peripherie um Barcelona herum, wo die realen Organisationsprozesse stärker und die Macht der Kapital-Lobbys geringer ins Gewicht fallen, scheint Reformpolitik (Rekommunalisierung der Grundversorgung, Demokratisierung der Stadtpolitik etc.) etwas leichter durchzusetzen. Aber das zeigt eben auch: Entscheidend ist, ob Nachbarschaftsstrukturen, eigene Kommunikationswege und soziale Organisation auf dem jeweiligen institutionellen Terrain Gegenmacht mobilisieren kann. Wie man es auch dreht und wendet: „von unten“ lassen sich die Kräfteverhältnisse nur dadurch ändern, dass viele sich organisieren, politisieren und Widerstand leisten. (Und zwar nicht nur Bewegungsaktivist/innen mit akademischem Hintergrund. Genau deshalb sind Arbeitskämpfe und Streiks so wichtig. Weil sich hier andere „viele“ organisieren.) Es gibt keine taktischen Abkürzungen für diese Prozesse.

Tragische an der Debatte im Augenblick ist, dass beide eingangs beschriebenen Positionen in einer Hinsicht recht haben: die AnhängerInnen des Linkspopulismus, wenn sie sagen, dass wir eine antagonistische Gegenposition zu den Verhältnissen formulieren und die sozialen Widersprüche auch so polarisiert zum Ausdruck bringen müssen. Die Freund/innen des ISM, wenn sie betonen, dass ein emanzipatorisches Bündnis nötig ist, das viele unterschiedliche Milieus erfasst: Widerständig-Antiautoritär-Solidarische vereinigt Euch! ... Aber bitte nicht entlang von rot-rot-grün.



**Raul Zelik** ist Schriftsteller, Journalist, Übersetzer und Politikwissenschaftler. Im Juni 2012, nach dem Göttinger Parteitag wurde er Mitglied der Partei DIE LINKE, seit 2016 ist er Mitglied im Bundesvorstand der Partei. Sein Roman „Berliner Verhältnisse“ war 2005 für den Deutschen Buchpreis nominiert. Zuletzt veröffentlichte er die Essay-Sammlung „Im Multiversum des Kapitals“ (VSA\_Verlag)

# Haushalt und Politik

Zum Doppelhaushalt der nächsten beiden Jahre für Dresden mit rot-grün-roter Handschrift wurde in Zeitungen so einiges geschrieben. LINKE-Stadtrat Tilo Kießling stellt die politischen Hintergründe dar.

von Tilo Kießling

Der Haushalt der Landeshauptstadt Dresden für die Jahre 2017 und 2018 wurde beschlossen. Das war ein gehöriges Stück Arbeit, für alle anstehenden Aufgaben, Wünsche, Schwierigkeiten jeweils eine Lösung zu finden, die vor den Augen aller 37 Ratsmitglieder der drei Kooperationsfraktionen hinreichend gut ist. Die Anerkennung für die Leistung, einen Beschluss innerhalb des von der Gemeindeordnung vorgegebenen zeitlichen Rahmens gefasst zu haben, der auch noch Umschichtungen zur Klarstellung der Grundlinien progressiver Politik im Umfang von ca. 60 Millionen Euro enthält, währte nur kurz. Eigentlich bedürfte es einer Sonderausgabe unserer Zeitung, um alle positiven Veränderungen aufzuzählen und ihre Wirkung zu beleuchten.

Wesentlich war die Einigung der drei Fraktionen, einen Deckungsvorschlag zu akzeptieren, der einen Teil der bisher ungenutzten und in der Größenordnung von ca. 250 Millionen Euro geparkten Steuermittel aktiviert. Diese Größenordnung liegt seit Jahr und Tag auf den Bankkonten, ohne uns etwas zu nutzen. Natürlich ist es immer gut, sich ein paar Vorräte anzulegen, sich also etwas Winterspeck anzufuttern, man verzeihe mir den Vergleich, hier aber handelt es sich um einen veritable Wampe, die weder schön noch nützlich ist.

In der langen Liste der Aufgaben, die wir besser mit Finanzen ausgestattet haben, finden sich neben den in der Kooperationsvereinbarung vereinbarten Projekten auch eine Reihe Aufgaben und Zielen unseres Wahlprogrammes wieder. Diese umzusetzen sind wir unseren Mitgliedern und natürlich unseren Wählerinnen und Wählern schuldig!

Politik ist aber nicht nur in Zahlen gegossen im Haushalt, sie wird auch mit den Berichten über den Haushalt gemacht. Und hier bin ich über einiges was gelautert ist sehr außerordentlich verärgert.

Ich will einmal mit der Zusammenarbeit zwischen uns Haushaltspolitikern, das waren Michael Schmelich von den Grünen, Thomas Blümel von der SPD und



Das Füllhorn des goldenen Mannes an der Spitze soll der Daseinsvorsorge der Allgemeinheit dienen  
Foto: Hufeisennase / pixelio.de

ich für unsere Fraktion einerseits und dem Oberbürgermeister und der Kämmerei andererseits, berichten. Wäre es nicht sinnvoll, wenn sich auf Seiten der Ratsmehrheit ein politischer Wille bildet und die Verwaltung bei der Umsetzung dann beratend zur Seite steht? Leider fand das nur sehr ungenügend statt. Zwar gab es Anfangsgespräche mit der Kämmerei, allerdings wurde dann die praktische Unterstützung untersagt. Ein offizieller Besuch der Fraktionsvorsitzenden kurz vor dem Ende der Beratungen verlief äußerst brüsk, faktisch verweigerte der Oberbürgermeister die Unterstützung. Im Nachgang wurde auch klar warum: Er hatte sich offenbar darauf vorbereitet uns medial in ein denkbar schlechtes Licht zu rücken.

Während er einerseits den öffentli-

chen Eindruck einer geradezu unmäßigen Umverteilung verbreitete, beantragte er höchstselbst noch im letzten Moment eine Million Euro für ein nicht näher bestimmtes Format „Dresden.Respekt“, so als ob ihm dies ganz kurzfristig eingefallen wäre.

Während er einerseits öffentlich behauptete, sich um die Lösung von Problemen zu kümmern, die mit dem Beschluss verbunden seien, hat er höchstselbst an der Verschärfung dieser Probleme mitgearbeitet. Deutlich machen will ich dies am Beispiel der von uns beschlossenen Reduktion des Budgets der Philharmonie.

Als in der Stadtratssitzung am 29. September das Konzept für den neuen Kulturpalast beschlossen wurde, gab es eine

lange Diskussion. Im Ergebnis war klar, dass eine Mehrheit die Höhe des Budgets kritisch sieht und, da man sich nicht über einen konkreten Text für eine Verringerung einigen konnte, dies auf die Haushaltsberatungen verschoben wurde. Der Oberbürgermeister höchstselbst erklärte am Ende der Beratungen, es sei selbstverständlich, dass alles unter Haushaltsvorbehalt stehe. Auf dieser Sitzung war die Intendantin Frauke Roth anwesend. Anstatt jedoch die nötigen Vorkehrungen zu treffen oder gar bei den Mehrheitsfraktionen zu verteidigen, setzte sie auf das Prinzip „Freiheit siegt“ und verplante offenbar den gesamten Etat.

Der Oberbürgermeister wiederum erspähte nun in unserem Vorschlag eine Möglichkeit, der ungeliebten Mehrheit politisch zu schaden und legte während der Sitzung einen unannehmbaren „Änderungsantrag“ vor, der Jugend und Kultur gegeneinander ausspielte. Gleichzeitig müssen die Telefone heißgelaufen sein, denn der auf Konzertreise (!!) befindliche Dirigent Sanderling erklärte postalisch (und ungefragt), er werde seinen Vertrag nun nicht verlängern und warf der Kulturbürgermeisterin vor, sie hätte sich der „engagierten Rede des Oberbürgermeisters für die Philharmonie“ nicht angeschlossen.

Diese einzige von vorgenommenen und lange angekündigten Reduktionen wurde so medial zu einem „Streichkonzert“ aufgeblasen. Die vielen anderen Teile unseres Haushaltsbeschlusses gerieten so kurzfristig in den Hintergrund.

Es wird nun die Aufgabe der nächsten beiden Jahre sein, bei jedem umgesetzten Projekt, das durch unseren Haushaltsbeschluss ermöglicht wurde, darauf hinzuweisen, dass es sich um ein Ergebnis unserer Politik handelt. Der Oberbürgermeister hat zwar die Fähigkeit, durch ein kurzes mediales Strohfeuer die Öffentlichkeit zu täuschen, wir aber haben in der Alltagsarbeit genügend Möglichkeiten, diese Täuschungen zu widerlegen.

## Einige Eckdaten zum Doppelhaushalt

Insgesamt 3,1 Milliarden Euro umfasst der Dresdner Doppelhaushalt 2017/2018



Foto: Benjamin Klack / pixelio.de

### Zahlen zum Haushalt 2017

Gesamt 1,5 Milliarden Euro  
548 Mio Euro Steuereinnahmen  
244 Mio Euro Gesamtinvestitionen  
davon 118 Mio Euro für Schulen  
384 Mio Personalkosten  
78,6 Mio Euro Hilfen zur Erziehung

### Zahlen zum Haushalt 2018

Gesamt 1,6 Milliarden Euro  
576 Mio Steuereinnahmen  
284 Mio Gesamtinvestitionen,  
davon 118 Mio Euro für Schulen  
392,5 Mio Personalkosten  
84,6 Mio Euro Hilfen zur Erziehung

# Vorschläge der LINKEN zur gesetzlichen Rente

Wer die gesetzliche Rente stärken will, muss das Rentenniveau wieder deutlich anheben. Daran führt kein Weg vorbei. Setzt sich der Sinkflug des Rentenniveaus weiter fort, wird die gesetzliche Rente für die über 74 Millionen Versicherten weiter kontinuierlich an Wert verlieren. Die Folge: Die Menschen werden im Alter nicht vor dem sozialen Abstieg geschützt sein. Dann wird Altersarmut für immer mehr Menschen zur realen Gefahr. Die Bundesregierung sieht dieser Entwicklung bisher tatenlos zu. Sie subventioniert weiterhin die gescheiterte Riester-Rente mit Milliardenbeträgen und sie will die Kapitalmarktrisiken mit der geplanten Reform der Betriebsrenten auf die Beschäftigten abwälzen. Dabei wäre ein Lebensstandardsicherndes Rentenniveau von 53 Prozent (Sicherungsniveau netto vor Steuern) für die Beschäftigten sogar finanziell attraktiver als die von ihnen allein zu tragende private Vorsorge. Würden die Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung ge-

recht werden und sich wieder paritätisch an der Finanzierung der Alterssicherung beteiligen, sanken die Beiträge für die Beschäftigten sogar. Die von Bundesministerin Andrea Nahles nach ihrem „Gesamtkonzept zur Alterssicherung“ vorgeschlagenen neuen „Haltelinien“ beim Rentenniveau und beim Beitragssatz für die Jahre nach 2030 werden nicht dazu führen, das Vertrauen in die gesetzliche Rente zu stärken. Sie sind lediglich die Fortsetzung der bisher gescheiterten Rentenpolitik, die sich weiterhin am Beitragssatzdogma orientiert. Ein echter Kurswechsel ist mit dieser Bundesregierung nicht möglich. Im Gegenteil: Sie zerstört mutwillig den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen Jung und Alt. Wenn aber nach jahrzehntelanger Arbeit das Verhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen nicht mehr stimmt, dann verliert das gesetzliche Rentenversicherungssystem an Legitimation. Und dann ist ein wichtiger tragender Eckpfeiler unseres Sozialstaats in Gefahr. Soweit darf es nicht kommen. (Bundestagsdrucksache 18/10471)



Foto: Andreas Hermsdorf / pixelio.de

## Mit Musik für mehr Demokratie und Toleranz

von Katja Kipping

Meine Wahlkreisarbeit führt mich immer wieder zu spannenden Initiativen und letzten Monat zum Projekt „Respekt rockt!“. Die Idee entstand 2008 nach einem Benefizkonzert von „Kein Bock auf Nazis!“ und der Projektschmiede. Da man es bei diesem einmaligen Konzert nicht belassen wollte, wurde zunächst das Projekt „Bass gegen Hass“ und anschließend „Respekt rockt!“ gegründet. Die Idee: Kinder und Jugendliche schon frühzeitig durch die Begeisterung für Musik an eine tolerantes Miteinander heranführen. So werden bei dem Projekt Vereine, Jugendhäuser und Künstler\_innen zusammengebracht, um gemeinsam Projekte durchzuführen. Allerdings dient das Angebot nicht nur der Vernetzung und der Jugendarbeit, sondern soll auch ein Angebot an die Künstler\_innen sein, sich selbstkritisch mit ihrer Musik auseinanderzusetzen. Was sagen meine Texte vor allem für junge Menschen aus? Verwenden wir bewusst oder unbewusst diskriminierende Sprache? Was können wir anders machen? Ich freue mich, dass es gerade hier in Dresden so viele Initiativen gibt, die sich für eine demokratische und tolerante Gesellschaft einsetzen.

Mehr Informationen zu „Respekt rockt!“ unter [www.projektschmiede.net](http://www.projektschmiede.net) oder unter [info@respekt-rockt.de](mailto:info@respekt-rockt.de) oder telefonisch unter 0351/32015671



### Rentenvorschläge der LINKEN:

1. das Rentenniveau als Sicherungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung wieder in den Mittelpunkt der Rentenpolitik gerückt wird, wobei die Deckelung des Beitragssatzes zur allgemeinen Rentenversicherung aufzuheben ist,
2. die Dämpfungsfaktoren (Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor) in der Rentenanpassungsformel gestrichen werden,
3. die bislang durch die Dämpfungsfaktoren und gesetzlichen Null-Runden bewirkte Rentenniveausenkung über einen anpassungserhöhenden Rückholfaktor schrittweise ausgeglichen sowie das Rentenniveau von aktuell 48 Prozent auf mindestens 53 Prozent angehoben und dort stabilisiert wird sowie
4. eine neue Rentenanpassungsformel eingesetzt wird, die wieder dem Anpassungsgrundsatz „die Rente folgt den Löhnen“ entspricht.

## Gegen das Vergessen

von Helga Brand-Kästel



Das Denkmal in ehrendem Gedenken an die Dresdner Arbeiter

Am 25. Januar 1933 fand in Dresden eine große Arbeiterdemonstration gegen die zunehmende Faschisierung in Deutschland statt. Bereits während der Kundgebung gab es wiederholte Polizeiattacken, um den Zug aufzulösen, ständig hinzustoßende Arbeiterzüge wurden abgetrennt. Im Keglerheim auf der Friedrichstraße forderten Redner die Arbeiterschaft zu Geschlossenheit gegen die faschistische Politik auf. Ohne Vorwarnung eröffneten Polizeischüler das Feuer gegen die versammelten Arbeiter. 9 Tote, 11 Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte waren die Opfer des abscheulichen Blutbades.

Die Beisetzung der Getöteten am 31. Januar gestaltete sich zu einer machtvollen antifaschistischen Einheitsfront gegen den Faschismus.

Der 28. Januar 2017, ein Samstag wird als Gedenken an das Blutbad gegen die Dresdner Arbeiter im Dresdner Keglerheim von antifaschistischen Bündnissen und der KPF der LINKEN Dresden organisiert. Am Denkmal der getöteten Arbeiter vom Dresdner Keglerheim, in der Weißeritzstraße 10, wird ab zehn Uhr eine feierliche Kundgebung stattfinden.

### VERANSTALTUNGSTIPPS

## Liebknecht / Luxemburg Demo in Berlin

Das Jahr 2017 – das Jahr der nächsten Bundestagswahl und vieler weiterer politischer Kämpfe und Ereignisse beginnt mit der Fahrt nach Berlin **am Sonntag, dem 15. Januar 2017** zum Gedenken an Karl und Rosa und gleichzeitig zum Protest gegen die herrschende Politik. Wie immer geht es zeitig los, damit wir spätestens ab ca. 10:30 Uhr mit einer Nelke (die es an zahlreichen Ständen zu kaufen gibt) vom Bahnhof Lichtenberg zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Berlin laufen können. Danach Fahrt ins Zentrum, wo die Mehrzahl der Teilnehmer im Kino „Kosmos“ den politischen Jahresauftakt der Europäischen Linken miterleben will. Mit unseren beiden Bundesvorsitzenden, beiden Fraktionsvorsitzenden, Oskar Lafontaine, H.-R. Kunze, Grup Yorum, Mikail Aslan, Kabarettist Kröhnert, Moderation: Diether Dehm/Judith Benda.).

Rückfahrt nach Ende dieser Veranstaltung gegen 17 Uhr und Ankunft in Dresden gegen 19:15 Uhr.

Abfahrt in Dresden: Hbf./Bahnhof Neustadt 07.50/08.00 Uhr

Ankunft, Besuch der Gedenkstätte ca. 10.45 Uhr. Weiterfahrt zum Kino Kosmos ab 12.30 Uhr. Die Veranstaltung (Beginn 14 Uhr) ist der politische Jahresauftakt der Europäischen Linken.

Bus-Preis: Vollpreis: 20 Euro, ermäßigt (Schüler/arbeitslos): 10 Euro  
Eintritt Kosmos: Vollpreis: 10 Euro  
Eintritt Kosmos ermäßigt: 5 Euro

Wer mitfahren möchte, meldet sich bei Kristin Hofmann unter **8583801**, [kristin.hofmann@dielinke-dresden.de](mailto:kristin.hofmann@dielinke-dresden.de)  
Den Bus organisiert der Nachbarkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge.



## Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0

Zu den Aufgaben und Möglichkeiten einer Partei der Zukunft im Europa von Morgen

Manifest von Katja Kipping und Bernd Rixinger

Roter Renner  
Rudolf-Renner-Str. 49  
11. Januar 2017  
Beginn: 18:00 Uhr



# Striezelmarkt und Weinfest statt Stadtrat und Verwaltung

Im November hatte der Stadtrat mit den Stimmen der Mehrheit aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten den städtischen Haushalt für die Jahre 2017 und 2018 mit einem Gesamtvolumen von über 3 Milliarden Euro beschlossen. Dabei waren unter anderem Veränderungen für mehr soziale Gerechtigkeit und eine faire Verteilung der Gelder für die Kultur vorgenommen sowie das Kapital für die neue städtische Wohnungsbaugesellschaft bereitgestellt worden. Oberbürgermeister Dirk Hilbert hatte zwar an der entscheidenden Sitzung des Finanzausschusses nicht teilgenommen, mäkelte aber anschließend an den gefassten Beschlüssen herum und ließ Rot-Grün-Rot-Orange auf der Grundlage von Verdrehungen und Halbwahrheiten öffentlich an den Pranger stellen. Zur folgenden Sitzung des Stadtrates ergriff der Fraktionsvorsitzende der LINKEN André Schollbach das Wort.

*Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,*

heute vor drei Wochen fand die entscheidende Sitzung des Finanzausschusses zum städtischen Haushalt statt. Wer mit Abwesenheit glänzte, war der Oberbürgermeister. Er hielt es auch nicht für nötig, an der ersten Hälfte der Stadtratssitzung teilzunehmen.

Statt dessen verzehrte er lieber Weihnachtsstollen auf dem Striezelmarkt. Man muss halt Prioritäten setzen. Und dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden waren einige hundert Kalorien im eigenen Bauch wichtiger als einige hundert Millionen Euro im städtischen Haushalt.

Den aufmerksamen Beobachter dürfte diese Schwerpunktsetzung freilich kaum überrascht haben. Schließlich hatte Herr Hilbert seine allererste Stadtratssitzung als Oberbürgermeister bereits nach kurzer Zeit verlassen, um ein Weinfest zu eröffnen. Und da wundern sich einige, dass Teile der Bevölkerung keine Achtung mehr vor demokratisch gewählten Institutionen haben.

Aber da wir gerade beim Weinfest waren – vom Weinfest ist es bis zur Schnapsidee nicht weit. Und da ist der aktuelle Vorschlag des Oberbürgermeisters nur folgerichtig. In der Landeshauptstadt Dresden, die bekanntlich auf eine großartige und langjährige Tradition als weltberühmtes Zentrum des Wintersports zurückblicken kann, soll ab 2018 der Ski-Weltcup stattfinden. Das ganze ohne jedes Finanzkonzept, ohne Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, ohne Umweltuntersuchung. Nichts. Niente. Nada. Ein derartiges Herangehen, ein derartiger Umgang mit öffentlichen Geldern ist nicht nur sorglos, es ist verantwortungslos. Auch das Nanozentrum hat er auf die-



Collage: Thomas Feske

se Weise gegründet. Das Ergebnis: ein Schuldenberg in Millionenhöhe und Gebäude, die weniger an Reinraum sondern vielmehr an Rohbau erinnern. Und das alles zulasten der steuerzahlenden Dresdnerinnen und Dresdner.

Dieses wirtschaftliche Desaster, ein Ski-Weltcup ohne jedes Konzept, von der Versammlungsbehörde wöchentlich ausgerollte roter Teppiche für PEGIDA und vieles andere mehr ist die Folge mangelhafter Amtsführung: Striezelmarkt, Weinfest und Zirkus statt Akten-

lesen, Stadtrat leiten und Verwaltung organisieren. Und wenn dann in der Folge dieser Amtsführung etwas nicht klappt, wird ein Ablenkungsmanöver inszeniert, der Stadtrat an den Pranger gestellt und standrechtlich für schuldig befunden.

Wir hatten Ihnen, Herr Oberbürgermeister, in den Haushaltsverhandlungen die Hand zur Zusammenarbeit gereicht, um gemeinsam mehr soziale Gerechtigkeit, eine faire Verteilung der Gelder für die Kultur sowie die Kapitalausstattung für die Wohnungsgesellschaft zu erreichen.

Ihre Antwort war der Fehdehandschuh. Unser offenes Angebot wurde mit miesen Tricks und groben Fouls vergolten. Aber davon lassen wir uns nicht beeindrucken. Mit Rot-Grün-Rot gibt es einen anderen Kurs für Dresden. Das ist der Wille der Mehrheit der Dresdnerinnen und Dresdner und logische Konsequenz aus der letzten Kommunalwahl. Denn wenn wir alles so machten, dass es CDU und FDP gefiele, wären wir völlig überflüssig. So funktioniert Demokratie. Auch in Dresden.

# Die WoBa kommt wieder

In einer öffentlichen Bürgerfragestunde zum sozialen Wohnungsbau in Dresden antwortete Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann auf Fragen und Befürchtungen.

von Uta Gensichen

„Wir müssen von Null anfangen“, sagte Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann (DIE LINKE) während der öffentlichen Bürgerfragestunde am 14. Dezember zum sozialen Wohnungsbau in Dresden immer wieder. Kein leichter Auftritt, schließlich waren es auch Stimmen ihrer Stadtratsfraktion, die vor zehn Jahren dazu führten, dass der gesamte kommunale Wohnungsbestand privatisiert wurde. Ganze 48.000 Wohnungen wurden damals verkauft. Zwar konnte dadurch verhindert werden, dass Dresden pleite gehen und vom Land verwaltet würde. Aber jetzt, im Jahre 2017, zeigen sich auch die verheerenden Folgen dieses Verkaufs.

## Bauen, bauen, bauen

Weil die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner kontinuierlich zunimmt, braucht die Stadt dringend bezahlbaren Wohnraum. Und obwohl in Dresden sichtbar an vielen Ecken gebaut wird, seien dies bislang immer nur Wohnungen für Gutverdienende, sagt Kaufmann. Die Lösung soll eine Neuauflage der WoBa sein, also der GmbH, die 2006 an eine amerikanische Investmentgesellschaft verkauft worden war. Diese WoBa wird in den kommenden Jahren wohl vor allem eines tun: bauen, bauen, bauen. Denn der Bedarf nach kleinen und großen, preisgünstigen Wohnungen für Ein-Personen-Haushalte und große Familien wächst. „Solche Wohnungen werden vom privaten Markt aber ungerne gebaut“, sagte Kaufmann. Durch öffentliche Förderung soll erreicht werden, dass die Wohnungen für einkommensschwache Haushalte erschwinglich sind, also eine Kaltmie-



Damit Wohnen bezahlbar bleibt: Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann ist zuversichtlich, dass die Wohnungsgesellschaft zeitnah mit dem Bauen beginnt Foto: Uta Gensichen

te von 6 Euro pro Quadratmeter nicht überstiegen wird. Auf insgesamt 13 Grundstücken in der gesamten Stadt werden nun nach und nach bis zu 800 Wohnungen entstehen. Die Kosten belaufen sich auf knapp 113 Millionen Euro. Kaufmann rechnet damit, dass 2018 die ersten Einheiten fertig sind.

## Gutes Wohnen

Bis dahin stehen jedoch noch allherhand bauliche Fragen im Raum, die zusammen mit dem Stadtrat im Januar geklärt werden sollen. Aber auch so manchen Bedenken der Dresdnerinnen und Dresdner muss sich Sozialbürger-

meisterin Kaufmann zukünftig wohl noch stellen. So zeigte die öffentliche Sprechstunde, dass beispielsweise Garagenbesitzer um ihre Grundstücke fürchten. Andere wiederum wünschen sich, dass die entstehenden Sozialwohnungen zugleich auch energieautark sind. Darüber hinaus gibt es ein großes Bedürfnis nach möglichst viel barrierefreiem Raum. Wie die neue WoBa dies alles unter einen Hut zu bekommen will, wird sie in den kommenden Monaten unter Beweis stellen müssen. „Am Ende muss alles natürlich noch finanzierbar sein“, sagte Kaufmann in Hinblick auf die Baukosten. Aber sie versprach zugleich: „Es wird ein gutes Wohnen.“

## Sozialer Wohnungsbau in Dresden

Über 140 Millionen Euro Landesfördermittel hat die Sächsische Staatsregierung Ende November 2016 beschlossen. Die Fördermittel fließen u.a. nach Leipzig und Dresden, um dort den sozialen Wohnungsbau mit bezahlbaren Mieten zu unterstützen.

Die ersten drei Bauvorhaben in Dresden sind: Ulmenstraße (Leuben), Fröbelstraße (Friedrichstadt) und Nickerner Weg in Nickern.

Mehr als 470 Beschäftigte hatte die alte WoBa GmbH. Auch hier fängt die Stadt erst wieder klein an: Für den Anfang sind zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter plus Geschäftsführung geplant.

Die STESAD GmbH kümmert sich solange um die Planung der ersten Wohnungen, bis die WoBa offiziell existiert.

# Tu Gutes und rede drüber!

von Thomas Feske

Im November beschloss der Stadtrat den Doppelhaushalt 2017/18. Wie auch für die Jahre 2015/16 gelang es der Stadtratsmehrheit wichtige sozialpolitische, demokratische und ökologische Akzente zu setzen. Nur: Berichtet wird darüber wenig. Die Aufregung um einen empörten Philharmoniedirigenten zeigt deutlich: aktuelle Verteilungskämpfe schlagen sich auch in der Berichterstattung nieder. Die Relevanz, die der beschlossene Haushalt für Familien, Menschen in sozialer Notlage und viele andere hat, gerät komplett in den Hintergrund, wenn ein gut bezahlter Künstler einer gut ausgestatteten Institution für Hochkultur den medialen Taktstock schwingt. Dementsprechend zur Ergänzung hier einige wenige Beschlüsse im Rahmen des Haushalts:

Mehr Geld für die Kreativraumförderung, Einrichtung eines kommunalen Preises für wissenschaftliche Abschlussarbeiten, Stärkung der Jugendhilfe, Einrichtung eines Präventionsfonds, um die Problemlagen und damit die Kosten bei den Hilfen zur Erziehung zu reduzieren,



**Mehrjährige Förderung freier Träger sichert Planung, Stabilität und Jobs**

Ein wichtiges Signal für gemeinnützige Vereine mit ihrer Arbeit für die öffentliche Daseinsvorsorge setzte Rot-Grün-Rot mit der Mehrjahresförderung Foto: Susanne Schmich / pixelio.de

Einrichtung einer trägerunabhängigen Kitaberatungsstelle für Eltern, Einrichtung eines Schattenplatzes für Pferde in der Innenstadt, Verbesserung der

Erreichbarkeit der Bürgerämter durch mehr Stellen, zwei Millionen Euro mehr soziale Projekte, beispielsweise für Nachtcafés, die Jugendzahnklinik

oder die Seniorenselbsthilfe, der Verkauf städtischer Grundstücke kommt der Eigenkapitalbildung der neuen städtischen Wohnungsgesellschaft zu Gute, die ehemaligen Gebäude des tjt in Cotta werden zu einem Gästehaus für anreisende Künstler ertüchtigt, Mittel für eine Machbarkeitsstudie zur Sanierung des Sachsenbades, Modellprojekt zur Winterberäumung von Radwegen, zusätzliche Mittel für Fußwege werden nach Prioritätensetzung durch die Ortsbeiräte eingesetzt, mehr Geld für öffentliche Parks wie dem Südpark Plauen, Hufewiesen in Pieschen und für einen Park im Dresdner Osten.

Der Haushalt 2017/18 trägt eine klare linke Handschrift. Dem einen oder anderen wird das entweder nicht auffallen oder gar missfallen. Für uns sollte gelten: Tue Gutes und rede darüber. Wer mehr erfahren möchte, kann sich gern in der Fraktionsgeschäftsstelle melden unter [0351-4882822](tel:0351-4882822) oder [linke-fraktion@dresden.de](mailto:linke-fraktion@dresden.de).

# Sanierungsstau in der Kultur abbauen

Stadträtin Jacqueline Muth sitzt für die LINKE-Fraktion im Kulturausschuss und beschreibt in ihrem Beitrag die Dialoge in der Kulturpolitik mit ensemblegeführten Häusern und der Freien Szene



Foto: Visualisierung LH Dresden

Am 16. Dezember 2016 feierlich eröffnet: Das Kulturkraftwerk im Herzen der Stadt

von Jacqueline Muth

Sicher habt Ihr das Wort „Sanierungsstau“ schon gehört. In Dresden wird damit meist der Umstand beschrieben, dass längst überfällige Sanierungsaufgaben – vor allem an Schulen – trotz bereitgestellter Gelder nicht schnell genug bewältigt werden können. Der Grund ist, dass so viele nötige Maßnahmen in der Vergangenheit nicht abgearbeitet wurden. Nun sind es einfach zu viele auf einmal. Das Geld ist eingestellt, die Planungen laufen. Doch würde man alle Aufgaben auf einmal veranlassen wollen, würde man einfach nicht genügend Firmen finden, die gleichzeitig die Planungen umsetzen. Und auch die Verwaltung wäre personell überfordert – also staut es sich.

In der Kultur gibt es nun einen „Sanierungsstau“ der etwas anderen Art. Auch hier sind deutliche Mängel zu erkennen, die durch 25 Jahre Raubbau am Kulturhaushalt entstanden, verschleppt und verschlimmert wurden. Ein städtisches „Gutachten“ hat im Jahr 2014 deutliche Substanzschäden in den geförderten Einrichtungen der Freien Kulturszene konstatiert. Immobilien müssen dringend saniert werden, verschlissene Technik bedarf der Erneuerung. Eine besondere Herausforderung stellt der Brandschutz dar: seit Anfang dieses Jahres sind die Bestimmungen erneut verschärft worden, muss er in vielen Einrichtungen kostenintensiv nachgebessert werden – sonst droht die teilweise oder vollständige Schließung.

Zugleich fehlt es an vielen Stellen an Mitteln für Personal. Was nicht mit (unbezahlten) Ehrenämtern geleistet werden kann, wird mangels finanzieller Ausstattung durch Prekär-Beschäftigte oder schlecht bezahlte Honorarkräfte geleistet. Wenn letztere dann plötzlich wegbrechen, reißt das oft eine große Lücke in den laufenden Betrieb, was die Vereine und Kulturhäuser zusätzlich belastet. Das führt nicht zuletzt oft dazu, dass der künstlerische Betrieb leidet.

Und nicht nur Kulturvereine sind betroffen. Auch die Angestellten Dresdner Museen haben zum Teil seit Jahrzehnten keine Gehalts- oder Honorarerhöhung erfahren, Stellenabbau hat die Personaldecken dünn gemacht.

Mit dem jüngst beschlossenen Dresdner Haushalt für 2017/2018 haben wir hier zahlreiche Schritte unternommen, um die Situation in der Kulturlandschaft Dresdens zu verbessern. Ich sage es gleich vorweg: es werden noch viele weitere Schritte nötig sein, aber es ist ein sehr guter Anfang gemacht.

Mit der Eröffnung des Kulturpalastes im kommenden Jahr ist eine Großbaustelle abgeschlossen, die Dresden nicht nur um eine touristische Attraktion reicher macht, sondern auch einen innerstädtischen Knotenpunkt zahlreicher Institutionen unter einem Dach schafft. Neben dem Orchester der Philharmonie wird hier auch die Herkuleskeule einziehen. Der alte Standort des Kabarett-Theaters wird damit leergezogen, er hätte sonst aufwändig saniert werden müssen. Zudem wird die Zentralbibliothek hier am neuen Standort dafür sorgen, dass auch tagsüber ein emsiges Kommen und Gehen stattfinden wird. Das Haus ist auf dem neuesten Stand von Technik und Denkmalschutz. Es wird von der Leitung der Philharmonie gemeinsam mit der stadteigenen Tochtergesellschaft KID betrieben. Das spart nicht nur Kosten, sondern gibt uns zusätzlich die Chance, ganz direkt auf die Qualität der Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten Einfluss zu nehmen – und diese auf einem hohen Niveau zu halten.

Mit dem Kraftwerk Mitte eröffnete am 16.12.2016 das erste der beiden Kultur-Mammut-Projekte in Dresden seine Türen mit bundesweiter Aufmerksamkeit. Der neue Sitz von Staatsoperette, Theater Junge Generation, Musikhochschule, Heinrich-Schütz-Konservatorium und anderen bietet noch Platz

für weitere Nutzer. Der aufwändige Umbau der ehemaligen Industrieanlage in ein schillerndes Kultur-Juwel ist alles in allem kosten- und zeittechnisch im Rahmen geblieben.

Im Herbst ist die Re-Kommunalisierung des Heinrich-Schütz-Konservatoriums beschlossen worden. Um den Betrieb der zahlreichen Angebote und Kurse zu sichern, findet dieser Schritt im Einvernehmen mit dem bisher freien Träger statt. Dieser recht komplexe Prozess wird einige Zeit in Anspruch nehmen und die Kulturbürgermeisterin auch im kommenden Jahr noch tüchtig beschäftigen. Eine der großen Herausforderungen besteht nun darin, bei stetig steigenden Betriebskosten Verbesserungen für die Belegschaft einzuführen, ohne die Kosten für die Nutzer\_innen nennenswert zu erhöhen. In Haushaltsbegleitbeschlüssen sind dazu ein Mehrjahres-Stufen-Programm zur Anhebung der Honorare freier Mitarbeiter\_innen sowie die Umwandlung einiger der Beschäftigtenverhältnisse in Anstellungen verankert worden.

Die Anhebung der Ausgaben für Kulturförderung der Freien Szene um jährlich jeweils 5% mag im Vergleich neben diesen Großbaustellen klein erscheinen. Auch bleiben wir mit diesem erklärten Kooperationsziel von Rot-Grün-Rot -Orange hinter dem Linken Wahlkampf-Versprechen „50% mehr für die Kultur“ an dieser Stelle zurück. Nach wie vor müssen wir darauf achten, dass die sog. „Leuchtturm-Projekte“ nicht zum Nachteil der Freien Szene geraten. Hohe Fixkosten dürfen nicht zum vermäntelten „Weiter-so“ einer vergangenen Kulturpolitik führen, die vor allem diejenigen verschlissen hat, die mit viel Enthusiasmus und

Improvisationstalent unermüdlich für eine vielfältige, virulente und lebendige Stadtgesellschaft tätig sind.

Aber auch hier sind wir mit unserer Kulturbürgermeisterin Annekatri Klopsch an der Seite auf einem guten Weg. Sie hat bereits so machen Kampf gefochten im Ringen um den Kulturretat und wird auch in den kommenden Jahren nicht still halten.

Die diesjährige Erhöhung der Kulturförderung ist bereits zahlreichen Akteuren und Einrichtungen zugute gekommen, im nächsten Jahr gibt es eine Steigerung um 5 Prozent und für die darauf folgenden beiden Jahren ist ebensolches fest verankert im Kooperationsvertrag von Rot-Grün-Rot-Orange.

Wir haben außerdem Geld eingestellt für einen Kleinprojektfonds, der ab 2017 jährlich zusätzlich die unbürokratische finanzielle Unterstützung von Kulturprojekten ermöglichen soll.

Niemand kann erwarten, dass die Wieder-Gesundung einer über viele Jahre auf Verschleiß gefahrenen Kulturpolitik quasi über Nacht gelingen wird. Darum ist die Rede vom „Sanierungsstau“. Wir dürfen uns auch nicht zurücklehnen und uns auf den ersten Erfolgen ausruhen. Dennoch haben wir wichtige und große erste Schritte unternommen und viele weitere werden folgen

Jacqueline Muth  
ist Mitglied im  
Kulturausschuss



Im nächsten Jahr ist auch der Kulti soweit: Im Frühjahr 2017 soll es losgehen  
Foto: Bildpixel / pixelio.de

## KOLUMNE

ganz  
hinten  
links

von Jens Matthis

Bekanntlich wurde 2016 mit viel Pomp und Geld das 800 Jährige Bestehen des Dresdner Kreuzchores gefeiert. Nun leben ja solche Jubiläen vor allem vom festen Glauben. Es gilt als wahrscheinlich, dass ungefähr an der Stelle der heutigen Kreuzkirche bereits vor 800 Jahren ein kleines Kirchlein stand, ganz sicher ist es nicht. Und wo (wahrscheinlich) ein Kirchlein stand, werden wohl auch einige Bauernknäblein aus der Gemeinde fromme Lieder gesungen haben. Und das war die Geburtsstunde des Kreuzchores. Wen stört es da schon, dass der Nestor der sächsischen Landesgeschichte, Karl-Heinz Blaschke, das Gründungsjahr 1216 als völlig haltlos bezeichnete.

Noch ein zweites kulturelles Großereignis verlieh Dresden im Jahr 2016 Glanz. Die Wiedereröffnung vom Theater der Generation und der Staatsoperette im Kraftwerk Mitte.

Aus der einstigen Dreckschleuder ist eine Kulturschleuder geworden. Und wem verdankt Dresden das? Mir natürlich! Wurde doch am 3. Juni 2010 das Projekt im Stadtrat mit EINER Stimme Mehrheit (36:35) beschlossen – nämlich: MEINER. Sicher, auch Planer, Bauleute und die Kollektive der beiden Theater haben ihr Scherflein beigetragen, aber... Nun könnten ja auch 35 andere Stadtratsmitglieder behaupten, die entscheidende Stimme abgegeben zu haben. Habe sie aber bisher nicht getan.

Und wenn in 800 Jahren einer Historikerin, die über Dresdner Theater forscht, gerade diese letzte erhaltene Zeitung in die Hände fällt ... Klappern gehört zum Theater! Und zur Politik! Und natürlich auch zur Geschichtsschreibung!

Aber — wenigstens namenlos — sei an dieser Stelle all den vielen Menschen gedankt, die wesentlich mehr dazu beigetragen haben, dass Dresden nicht nur das letzte klassische Operntheater im deutschsprachigen Raum, sondern auch das nunmehr vielleicht größte, gewiss aber großartigste deutsche Kinder- und Jugendtheater erhalten und zugleich neu schaffen konnte. Ich bin sicher, dass sich nicht nur beide Theater in 800 Jahren für die Ergebnisse der Historikerin interessieren werden.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

# Gleichstellungspolitische Akzente im Haushalt

von Pia Barkow



Foto: Gabriele Remscheid / pixelio.de

Nach langer Diskussion ist der Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre mit 36 Ja-Stimmen beschlossen worden. Mit diesem Haushalt ist es uns gelungen eine ganze Reihe unserer Ziele – vor allem auch aus dem Wahlprogramm – mit den notwendigen Geldern zu untersetzen. Hier nun ein kurzer Überblick über die Vorhaben aus dem Bereich der Gleichstellungspolitik, eine Querschnittsaufgabe und zentrale Gerechtigkeitsfrage.

Vereine in der Stadt, die sich mit Gleichstellungsarbeit befassen, werden in den nächsten zwei Jahren ihr breites Angebot weiterführen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Lohnentwicklung nach Tarifen ermöglichen können. Die Vereinsarbeit umfasst z.B. Fortbildungskurse in verschiedenen Bereichen zur Weiterbildung oder Wiedereingliederung arbeitsloser Frauen, Beratungen zu Gewalterfahrungen, (feministische) Fachvorträge und Weiterbildungen, Kunst und Kultur für Frauen, alles rund um Familie für junge Väter, Angebote für lesbische oder schwule Jugendliche, Arbeit im Stadtteil sowie interkulturelle Begegnungen. Darunter befinden sich z.B. Dresdner Urgesteine wie der Frauenverein sowieso oder das Frauenförderwerk, aber ebenso jüngere Initiativen wie z.B. das Männernetzwerk oder die Papaseiten. Neu dazugekommen sind außerdem Projekte, die sich an aktuelle Entwicklungen anpassen. So konnten wir dem Aus-

länderrat ermöglichen, ein spezielles Angebot für Frauen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zu entwickeln.

Es ist ein gutes Zeichen, dass gerade in diesem Bereich eine deutliche Stärkung erzielt werden konnten. Darüber hinaus erfährt das Frauenschutzhaus eine erheblichen Mittelaufstockung. Jede vierte Frau in Deutschland hat Gewalterfahrungen in der eigenen Beziehung erleben müssen, daher ist ein Zufluchtsort für Betroffene häuslicher Gewalt so enorm wichtig. Diesen bietet das Frauenschutzhaus. Jedoch wurde hier seit Jahren kaum ein auskömmliches Budget zur Verfügung gestellt. Das jedoch war dringend notwendig, insbesondere auch um das Beratungsangebot auszuweiten. So sollen künftig Kinder und Jugendliche, die Gewalt zwischen ihren Eltern miterleben, eine eigene gezielte Beratung erfahren. Bisher richtete sich die Arbeit nur an betroffene Frauen und Männer, waren Kinder im Haushalt, musste man hoffen, dass eine der Mitarbeiterinnen zufällig pädagogisch ausgebildet ist. Eigentlich ein untragbarer Zustand, denn gerade häusliche Gewalt wird in den meisten Fällen im eigenen Elternhaus „erlernt“. Somit ist es für die Bekämpfung häuslicher Gewalt unbedingt notwendig, dass mit den Kindern aus gewalttätigen Haushalten ganz intensiv gearbeitet wird, damit diese ihre Erlebnisse aufarbeiten können und im Erwachsenenalter nicht selbst gewalttätig werden. Das betrifft

im Dresdner Frauenschutzhaus jährlich ca. 800 Kinder und Jugendliche.

Ein weiteres wichtiges Feld der Gleichstellungspolitik ist die Unterstützung Alleinerziehender. 23% Prozent aller Kinder in Dresden wachsen bei nur einem Elternteil auf – zu 93% bei der Mutter. Alleine für Kinder verantwortlich zu sein ist eine große Herausforderung, zumal oftmals die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur schwer möglich ist. So sind mehr als die Hälfte der Alleinerziehende auf Sozialleistungen angewiesen. Nicht zuletzt weil fast 60% der Ex-Partner und Partnerinnen keinen Unterhalt zahlen. Doch leider sind Alleinerziehende selten im Fokus der Politik. In den kommenden Jahren wird daher das Alleinerziehendennetzwerk deutlich gestärkt, um sich für die Belange Alleinerziehender einzusetzen und zielgerichtet Bedarfe und Aktivitäten zu unterstützen bzw. zu entwickeln.

Und schließlich wird das Büro der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dresden um eine Stelle erweitert, die sich speziell an Lesben und Schwule sowie Transmenschlichen in der Stadt richten soll. Alles in allem konnten mit dem neuen Haushalt wesentliche Akzente in der Gleichstellung gesetzt werden und damit ein klares Signal, dass rotgrünorange in dieser Richtung etwas bewegt.

## Kein Elixir für Dresden

Ein schönes Konzept hatte der gemeinnützige Verein Elixir vorzuweisen – ein innovatives und notwendiges Projekt für selbstbestimmtes gemeinsames Wohnen mit Geflüchteten und Dresdnern – an der Königsbrücker Straße 117/119. Leider hatte sich die Stadtverwaltung dazu entschieden, das Grundstück meistbietend verkaufen zu wollen. Die rechte Seite des Saales unterstützte das selbstverständlich. Sehr traurig war allerdings, dass sich

Teile der SPD – 5 von 9 Stadträten – für den Verkauf und gegen das Projekt von Elixir entschied, trotz eines anderslautenden Beschlusses des SPD-Stadtverbandes. Alles beim Alten also bei der Sozialdemokratie. Wir werden Elixir dabei unterstützen, ihr tolles Konzept vielleicht an einem anderen Standort umzusetzen und hoffen, dass der Investor, der ebenfalls ein soziales Konzept für das Grundstück vorgelegt hat, etwas Gutes am Standort entstehen lässt.

### Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Pia Barkow, Jens Matthis, André Schollbach, Jacqueline Muth, Uta Gensichen  
Fotos: pixelio.de, Uta Gensichen  
Collage: Thomas Feske  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog



5 Jahre NSU-Aufdeckung

# Kein Ende in Sicht

von Franziska Fehst

Am 29. November hatten wir Kerstin Köditz im Rahmen der neuen „Dresden Nazifrei“-Kampagne zu Gast. Das Thema „5 Jahre NSU und der Mythos vom Trio!“ sollte einen Einblick aus Sicht eines Mitgliedes des Untersuchungsausschusses geben. Obwohl bereits kurz nach der Selbstaufdeckung des NSU bekannt wurde, dass der NSU Kontakte in verschiedene Neo-Nazinetzwerke hatten und alle drei bereits polizeilich bekannt waren, wurde vom Generalbundesanwalt nur Beate Zschäpe angeklagt.

Während des Inputs zur Diskussion wurde schnell klar, dass das Thema viel zu komplex ist, um es in einer zweistündigen Diskussion abzuhandeln. Daher lief die Diskussion schnell in verschiedene Richtungen, so dass die Diskussion in verschiedenen Richtungen ablief.

Die erste Frage aus dem Publikum löste auch gleich die eine längere Diskussion aus: Verfassungsschutz abschaffen oder reformieren? Ein viel diskutiertes The-



ma, wobei es dazu von Kerstin eine klare Aussage gab: Wenn wir nicht in Zukunft in einem Überwachungsstaat leben wollen, dann dürfen wir nicht zulassen, dass Freiheitsrechte eingeschränkt werden. Die Gedanken von Personen sind frei,

sobald sich dieses Denken aber in Taten umwandeln, muss Handlung erfolgen.

Dafür gibt es jedoch die Polizei und einen Rechtsstaat – und keinen Verfassungsschutz.

Die Frage, warum sich der NSU ausgerechnet in Zwickau verstecken konnte, war auch sehr klar. Es ist halt Sachsen. In dutzenden Kleinstädten in Sachsen hätten sich die drei verstecken können, und niemand hätte etwas davon mitbekommen.

Das interessanteste der Diskussion war jedoch das Abschluss-Statement von Kerstin, auf die Frage hin, was nach dem Prozessende gegen Beate Zschäpe passieren wird und was „wir“ tun sollten. Ja, es fehlt noch viel Aufklärungsarbeit. Ja, wir sollten aus dem NSU und der Arbeit des Untersuchungsausschusses lernen. Aber wir dürfen dabei nicht die aktuelle Situation in Sachsen vernachlässigen. Sich um Bautzen und Co. zu kümmern, ist derzeit akut. Und vor allem: der NSU kann jederzeit wieder passieren!

Weitere Informationen zum Thema unter:  
[www.nsu-watch.info](http://www.nsu-watch.info)  
[www.sachsen.nsu-watch.info](http://www.sachsen.nsu-watch.info)

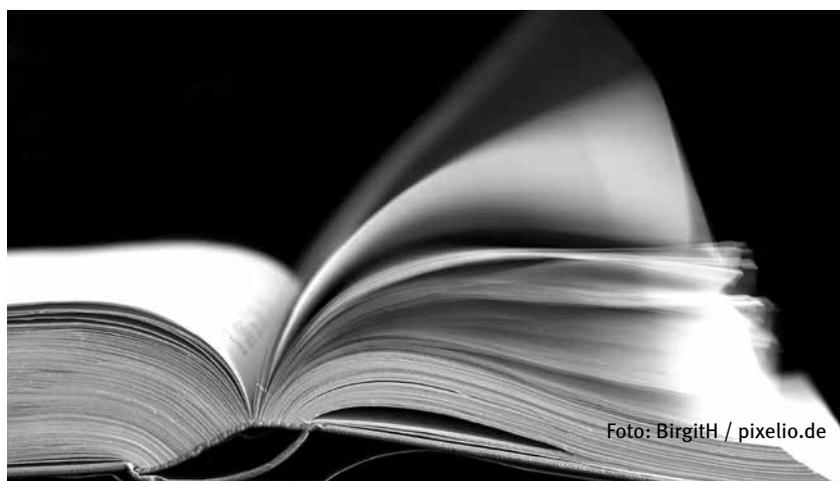


Foto: Birgith / pixelio.de

## Diskutiert mit!

von Martin Hilbig

Als ich siebzehnjährig mit meinem Vater in den Fahrradurlaub fuhr und kurzfristig nach etwas Reiseliteratur suchte, entdeckte ich im Bahnhofsladen das kleine Büchlein „Kritik der politischen Ökonomie – Eine Einführung“ von Michael Heinrich. Ich hatte bereits das „Kapital“ gelesen, welches zunächst nur wenig Begeisterung bei mir weckte, waren Sprache und Beispiele doch scheinbar recht veraltet. Der Klappentext des kleinen schwarzen theorie.org-Bandes weckte jedoch meine Neugier auf eine erneute Beschäftigung und so holte ich mir das Buch. Ich las es innerhalb weniger Wochen dreimal, entdeckte immer mehr Facetten, las dann wieder das „Kapital“, trat später der linksjugend und der LINKEN bei. Zufällig entdeckte Bücher können das Leben verändern, eröffnen neue Perspektiven oder helfen, Vorurteile zu beseitigen.

Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung bauen wir deshalb gerade eine Linke Jugendbibliothek auf. Konzeptionell sehen wir folgendes vor: Wir wollen eher durch Klasse als Masse der angebotenen Literatur über-

zeugen und den Bestand auf ein Regal mit drei Kategorien beschränken. Erstens sollen aktuelle Bücher ausliegen, welche in der globalen Linken gerade diskutiert werden, ausliegen. Zweitens möchten wir Überblickswerke über linke Theorien zur Verfügung stellen, um sich möglichst einfach die Basics erarbeiten zu können. Drittens kann jede\_r „Lieblingsbücher“ vorschlagen, Kleinode der politischen Literatur, welche man mit anderen teilen möchte. Ergänzend möchten wir diverse ältere Zeitungen und Reader hier versammeln. Die Bibliothek soll jeden Dienstag geöffnet sein, insbesondere zu den Linksjugendtreffen. Hier können auch Bücherwünsche mit eingebracht werden. Das Verleihsystem soll möglichst unbürokratisch und barrierefrei erfolgen, wobei wir den Leiherr\_innen viel Vertrauen entgegenbringen. Wer zu Büchern der Bibliothek intensivere Diskussionen führen möchte, kann dies in der AG Geschichte und Theorie tun, welche sich jeden zweiten Mittwoch trifft. Also: schaut vorbei, borgt euch was aus, lest es und diskutiert mit uns!



Bis zum 08. Januar 2017 anmelden!

[www.linksjugend-sachsen.de/wir/beauftragtenrat/ausschreibungen/weiter.html](http://www.linksjugend-sachsen.de/wir/beauftragtenrat/ausschreibungen/weiter.html)

linksjugend  
['solid]  
Landesverband Sachsen



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG  
 E-Mail: [info@linksjugend-dresden.de](mailto:info@linksjugend-dresden.de)  
 Im Netz: [www.linksjugend-dresden.de](http://www.linksjugend-dresden.de)

# Oft bleibt nur die Flucht

Zur Situation von geflüchteten Frauen im kurdischen Nordirak

von Dr. Anne Mollenhauer

Vor fünfundzwanzig Jahren spielte sich an der irakisch-türkischen Grenze eine bis dahin beispiellose Flüchtlingstragödie ab. Nachdem ein Aufstand gegen Saddam Hussein, der nach der irakischen Niederlage im Krieg um Kuwait ausgebrochen war, niedergeschlagen wurde, flohen Millionen von Kurden in die Berge aus Angst vor der Vergeltung des Regimes. Damals verhängten die USA, Frankreich und England eine Flugverbotszone über dem Nordirak. In Folge kehrten die meisten Flüchtlinge zurück - dies auch war die Geburtsstunde Irakisch-Kurdistans, das inzwischen ein föderaler Teil des Irak ist und im Vergleich zum Rest des Landes als recht stabil und sicher gilt.

Heute fliehen wieder Millionen von Menschen. Allerdings nach Irakisch-Kurdistan. Über zwei Millionen intern Vertriebene (IDPs) aus dem Zentralirak und Flüchtlinge aus Syrien leben inzwischen im kurdischen Nordirak. 250.000 davon sind Kurden aus Syrien, eine halbe Million Eziden, die aus dem Sinjar-Gebirge entkamen, das der Islamische Staat (IS) im Sommer 2014 überrannte, Christen die sich ebenfalls nach Kurdistan gerettet, sowie Araber aus Städten, die vom IS kontrolliert werden. Über 30% der Bewohner Irakisch-Kurdistans bestehen mittlerweile aus Geflüchteten und Vertriebenen. Im Gouvernament Dohuk, wo die meisten Eziden untergebracht wurden, soll die Zahl der Geflüchteten

inzwischen sogar die der Einwohner (ca. 600.000) übersteigen. Während viele der IDPs sich in den Städten angesiedelt haben und regelmäßige finanzielle Unterstützung von der Zentralregierung erhalten, leben die meisten Syrer und Eziden in über die ganze Region verstreuten Flüchtlingslagern. Auch wenn internationale Hilfsorganisationen und die UN freien Zugang zu den Lagern haben und die Kurdische Regionalregierung sich kooperativ zeigt, ist die Versorgung der Geflüchteten schlecht. Viele wollen weiter nach Europa. Die Lage ist gespannt, auch weil viele Kurden fürchten, dass sich durch den Zustrom arabischer Geflüchteter die demographische Zusammensetzung Irakisch-Kurdistans ändern werde.

Besonders schlecht geht es den ezidischen Geflüchteten, die 2014 traumatische Erlebnisse machen mussten, als der IS Sinjar eroberte. Geschätzte 5.000 Mädchen und Frauen wurden von der islamistischen Miliz entführt und als so genannte Sexsklavinnen missbraucht, tausende von Männern auf der Stelle erschossen. Viele Frauen sind inzwischen die Hauptnährerinnen der Familien, da sie auf der Flucht ihre Männer verloren haben. Sexuelle und andere Gewalt sind ein großes Problem in den Flüchtlingsunterkünften. Ezidische Frauen und Mädchen - und nicht nur die, die der Sklaverei durch den IS entkommen sind - sind durch die Erlebnisse der letzten Jahre schwer traumatisiert.



Aber auch an anderen Orten, wie der Stadt Halabja an der iranischen Grenze im Süden Irakisch-Kurdistans, leben hunderttausende innerirakische und syrische Flüchtlinge. Hier haben sich seit dem letzten Sommer gemeinsame Aktivitäten von einheimischen Frauen der „Nwe Organization“ und geflüchteten Frauen entwickelt: es begann mit dem „Halabja Summer of Peace“, in dessen Rahmen gemeinsam genäht, gelernt und gepicknickt wurde, woraus dann sogar ein eigenes Radioprogramm für Geflüchtete im Rahmen des Community Radios „Dengue Nwe“ entstanden ist. Was braucht es, um all diesen Mädchen und Frauen, in Dehok, Halabja und an anderen Orten, zu helfen? Orte, an denen Frauen sich treffen und organisieren können, psychosoziale Hilfe, Aufklärung über Rechte und Möglichkeiten sich gegen Gewalt und Übergriffe zu wehren, Ausbildung und Schaffung von ökonomischen Perspektiven. Denn Flucht verändert auch das soziale Gefüge. Traditionelle patriarchale Struk-

turen brechen auf. Das kann sogar langfristig zu positiven Veränderungen führen, wenn etwa Frauen, die zuvor kaum das Haus verlassen durften, nun für die Versorgung der Familie aufkommen. In einem von Wadi e. V. betreuten Flüchtlingsprojekt in der Stadt Halabja, das sich vor allem auch an Geflüchtete aus dem Zentralirak richtet, nehmen Frauen zum ersten Mal in ihrem Leben an Workshops und Kursen teil. Da viele der Geflüchteten in absehbarer Zeit nicht zurückkehren können, ist es wichtig gemeinsam mit der irakisch-kurdischen Bevölkerung über Probleme wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu sprechen und Integrationsprojekte zu fördern: „Aus Flüchtlingen Bürger machen“.

\*Nachzulesen in der neuen Broschüre „An den Grenzen – Europäische Migrationspolitik auf dem Prüfstand“, die von Cornelia Ernst herausgegeben wurde. Bei Interesse Mail an: europa@cornelia-ernst.de

## Die USA in der Krise?

Analyse einer gespaltenen Gesellschaft

von Susann Scholz-Karas

Am Abend der US-Wahl rieben sich Viele ungläubig die Augen, als sie die Auswählergebnisse der einzelnen Bundesstaaten sahen und es immer klarer wurde, dass Donald Trump der nächste Präsident der USA werden wird. Alle Demoskop\*innen und Wahlbeobachter\*innen haben sich im Grunde verschätzt. Auch in der kritischen Wissenschaft und der Linken hatten die Wenigsten einen Wahlsieg Donald Trumps für möglich gehalten. Zwar war man sich insbesondere hier darüber im Klaren, dass sich die USA in einer tiefen Legitimations- und Repräsentationskrise befinden und die Präsidentschaftswahl 2016 eine »populistische Situation« mit einer starken Anti-Establishment-Stimmung ist. Doch kam es so plötzlich oder ist

schon länger eine gesellschaftliche Spaltung in den USA zu beobachten? Wir haben am 19. Januar Ingar Solty vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in das Alte Wettbüro eingeladen und wollen mehr zu den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen erfahren. Wir wollen ihn fragen, wie es dazu kam und wohin sich gesellschaftlichen Entwicklungen in den USA bewegen?

*Ingar Solty lehrte als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der York University in Toronto in Kanada und arbeitet seit 2016 als Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.*



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

Mittwoch | 19. Januar | 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Die USA in der Krise - Analyse einer gespaltenen Gesellschaft

Mit Ingar Solty (Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Altes Wettbüro | Antonstraße 8 | 01097 Dresden

## Cuba Si informiert

Spendenkonto:  
DIE LINKE/Cuba SI Dresden  
Ostsächsische Sparkasse Dresden  
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074  
Verwendungszweck:  
„Milch für Kubas Kinder“

Zum Jahresabschluss 2016 möchte ich mich im Namen unserer AG bei Euch, den Unterstützerinnen der aktiven Solidarität mit Cuba für das erreichte Ergebnis bedanken. Wirken wir solidarisch im Sinne des Comandante FIDEL weiter, damit eine andere Welt möglich wird! Euch allen einen guten Jahreswechsel und Gesundheit! Saludos solidarios!

Ursula Zierz

Impressum  
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
www.dielinke-dresden.de  
E-Mail: Linksblatt@web.de  
V.i.S.d.P. Jens Matthis  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Martin Hilbig, Katja Kipping, Kristin Hofmann, Franziska Fehst, Ursula Zierz, Anja Klotzbücher, Sarah Buddeberg, Uta Gensichen, Helga Brand-Kästel, Raul Zelik  
Fotos: Pixelio.de  
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare





# Schöne Weihnachten für alle!

Ostdeutsche Frauen mit befristeten Arbeitsverträgen bekommen seltener Weihnachtsgeld als gut situierte Männer im Westen. DIE LINKE fordert deshalb ein 13. Monatsgehalt für jeden Geldbeutel.

von Katja Kipping

Die Generation meiner Eltern kennt es noch als „Jahresendprämie“, die lustigerweise immer am Jahresanfang ausgezahlt wurde, da sie eine Anerkennung der Arbeit des vergangenen Jahres war. Auch als 13. Monatsgehalt bekannt, wird das Weihnachtsgeld mittlerweile am Jahresende überwiesen.

Wenn es denn überwiesen wird! Gerade mal 54 Prozent der Beschäftigten in Deutschland kommen in den Genuss einer Jahressonderzahlung in Form des Weihnachtsgeldes – also nur die Hälfte der Beschäftigten. Viele Menschen freuen sich auf die Weihnachtszeit, wenn die Alltagshektik einer besinnlichen Stimmung weicht und wieder etwas mehr Zeit für Familie und Freunde ist, aber auch etwas besonders Gutes in die Kühlschränke und Backröhren kommt, Geschenke für die Lieben gekauft, entfernt wohnende Verwandte und Bekannte besucht werden oder zu Besuch kommen. Bei alledem hilft das Weihnachtsgeld und es ist traurig, dass diese zutiefst menschlichen Bedürfnisse immer öfter in der Gewinnlogik der Unternehmen keinen Platz mehr haben. Noch unschöner ist die Situation in den Familien am unteren Ende der Einkommensstabelle, denn eine Weihnachtsbei-



Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

hilfe für Arbeitslosengeld- und Grundversicherungsbeziehende gibt es nicht.

Interessant sind dabei die Ergebnisse einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung, die darauf hindeuten, dass die Chancen, sich über ein Weihnachtsgeld freuen zu können, ungleich verteilt sind. So gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. In Westdeutschland bekommen 56 Prozent, in Ostdeutschland lediglich 40 Prozent der Beschäftigten ein Weihnachtsgeld. Aber auch das Geschlecht hat einen Einfluss: Frauen erhalten seltener Weihnachtsgeld als Männer. Bei den Frauen sind es 50 Prozent, bei den Männern dagegen 56 Prozent. Über das 13. Monatsgehalt freuen können

sich zudem eher Menschen mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag. Hier sind es 55 Prozent, die ein Weihnachtsgeld erhalten. Unter den befristet Beschäftigten sind es nur 45 Prozent. Und wer in Leiharbeit beschäftigt ist, kann froh sein, wenn er oder sie zu den 49 Prozent gehört, denen Weihnachtsgeld überwiesen wird. Der Rest geht leer aus.

Deshalb fordern wir als LINKE: Ein Weihnachtsgeld muss es sowohl für Sozialleistungsbeziehende in Höhe eines halben Regelsatzes bzw. halben

Arbeitslosengeldes geben, für Beschäftigte mindestens in Höhe eines halben Monatsgeldes. Außerdem fordern wir ein 13. Kindergeld für alle Kinder, denn, was für Erwachsene gilt, das haben Kinder an Weihnachten natürlich erst recht verdient! Für Beschäftigte soll das über Tarifverträge bzw. über das Gesetz, das Mindeststandards in Arbeit regelt, sichergestellt werden, wobei natürlich bisherige höhere Weihnachtsgeldleistungen bestehen bleiben. (Für Sozialleistungsbeziehende soll das über das jeweilige Sozialgesetzbuch geregelt werden.)

**Ich wünsche allen Genossinnen und Genossen des Dresdner Stadtverbandes ein schönes besinnliches Weihnachtsfest und möchte mich ganz herzlich für Eure Unterstützung im zu Ende gehenden Jahr bedanken!**

Die Vernetzung von linken Kräfte in Europa ist unabdingbar

## Grenzenlos

von Anja Klotzbücher

In ganz Europa ist seit einiger Zeit ein Rechtsruck festzustellen. Sei es ein immer mehr erstarkender Front National in Frankreich, sei es die Zustimmung zum Brexit in Großbritannien oder seien es regelmäßige Aufmärsche in Deutschland durch PEGIDA. Auf diese Entwicklung kann und muss eine Linke mit europäischer Solidarität antworten.

Aus diesem Grund fand am 26. November 2016 auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag in Zittau die Transboundary Parliamentary Networking Conference (TPNC) statt. Zu dieser Konferenz waren parteipolitische Akteur\*innen aus den Grenzregionen Niederschlesien, Nordböhmen sowie Sachsen geladen, um sich zu grenzüberschreitenden Problemfeldern auszutauschen und zu verständigen.

Ziel der TPNC war, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von progressiven parlamentarischen und parteilichen Kräften auf- und auszubauen. Somit war dies die erste Vernetzungskonferenz, bei der sich die Parteien Razem, Zieloni, Zmena, KSCM und DIE LINKE zu den grenz relevanten Schwerpunktthemen Umwelt- und Verkehrspolitik sowie Sicherheits- und Gleichstellungspolitik verständigten. Die folgenden Inhalte der Konferenz



Anja Klotzbücher zur Transboundary Parliamentary Conference in Zittau

Foto: DIE LINKE

wurden durch intensive vorherige Rückkopplung mit Vertreter\*innen der einzelnen teilnehmenden Parteien gemeinsam gesetzt und dann in der Zittauer Hochschule durch die 50 Teilnehmer\*innen der Konferenz intensiv diskutiert:

- Die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs im Dreiländereck
- Für und Wider der Elbstaufstufen
- Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden, solidarischen Bekämpfung von Drogenkriminalität

- Menschenhandel und Zwangsprostitution im Dreiländereck
- Windenergie in Sachsen als alternative Energiequelle und Probleme mit Smog im Stadtgebiet
- Asyl- und Migrationspolitik und der Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Sowohl zu Beginn der Konferenz als auch im Nachgang stellten alle Par-

teien fest, dass eine Zusammenarbeit in einem solchen Rahmen weiterhin stattfinden sollte. Die unterschiedlichen politische Probleme hören nicht an den europäischen Grenzen auf, sondern gehen über diese hinweg.

Gerade auch das Beispiels der Elbstaufstufen verdeutlicht dies sehr gut. Auch die Stadt Dresden wird die Folgen einer möglichen Staustufe spüren. Die Teilnehmer\*innen der Konferenz konnten sich im Verlauf der Diskussion zumindest darauf einigen, dass der Ausbau des Schienennetzes die bessere Lösung als eine Staustufe in der Elbe darstellen würde. Gerade um über solche und weitere Auswirkungen von politischen Entscheidungen zu diskutieren, bot die Konferenz einen guten Raum, auch wenn sie nicht mehr als den ersten Austausch liefern konnte.

Alle Ergebnisse der Konferenz werden aktuell analysiert und anschließend in einer Auswertungsbroschüre zusammengefasst, um eine Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit zu bilden. Diese wird im nächsten Jahr durch die Landtagsfraktion der LINKEN in Sachsen veröffentlicht.